

TUI Suisse streicht wegen Corona-Krise 70 Stellen

Die Corona-Krise kostet in der Schweizer Reisebranche weitere Stellen. Die Tochter des weltweit grössten Touristik Konzerns TUI schliesst hierzulande acht Filialen und baut 70 Arbeitsplätze ab. Das entspricht rund 15 Prozent der Stellen.



Bild: © 2017 TUI

Acht der aktuell 62 Schweizer Filialen werden per Ende September 2020 geschlossen, teilte TUI Suisse am Mittwoch mit. Konkret sind dies die Filialen Zürich Sihlporte, Winterthur Marktgasse, Dietikon, Mall of Switzerland, Cham, Luzern Zürichstrasse, Bern Spitalgasse und Biel.

Dadurch werden rund 70 Stellen nicht besetzt oder abgebaut, wie es heisst. Der Stellenabbau soll durch natürliche Fluktuationen, Pensionierungen, Arbeitspensum-Reduktionen aber auch Entlassungen umgesetzt werden. TUI beschäftigt den Angaben zufolge aktuell 468 Mitarbeitende in der Schweiz und bietet allen betroffenen Mitarbeitenden Unterstützung durch einen Sozialplan an.

«Wir gehen davon aus, dass wir in diesem Sommer rund 70 Prozent weniger Reisen durchführen können als ursprünglich erwartet», wird TUI-Schweiz-Chef Philipp von Czapiewski in der Mitteilung zitiert. Die Massnahmen seien daher notwendig, um für die Zukunft richtig aufgestellt zu sein.

Pandemie lässt Reisebranche einbrechen

Die Pandemie, die damit einhergehenden Reisebeschränkungen und der Zusammenbruch der Luftfahrt hat die Reiseanbieter und Reisebüros schwer getroffen. Der Nachfrageeinbruch und die Rückzahlungen an die Kunden, deren gebuchte Reisen ausgefallen sind, stellt viele Unternehmen vor grosse finanzielle Probleme.

Und es ist nicht die erste angekündigte Stellenabbau bei Branchengrössen. So hatte Hotelplan Ende Juni den Abbau von 170 Stellen in der Schweiz und den Rückzug aus der Romandie angekündigt. Auch Globetrotter und Knecht Reisen straffen wegen der Corona-Krise ihr Filialnetz und bauen Stellen ab. Bereits Anfang Juni hatte Kuoni, eine Tochter der DER Touristik Suisse, eine Restrukturierung und einen Stellenabbau angekündigt.

Auch der TUI-Mutterkonzern war in Schwierigkeiten geraten und hatte im Mai einen Staatskredit von 1,8 Milliarden Euro erhalten. Besonders betroffen waren neben dem Pauschalreisegeschäft auch die Sparte Schiffskreuzfahrten und der Charter-Flieger Tuifly, wo ebenfalls ein massiver Stellenabbau geplant ist. Zudem wird der Verkauf von Unternehmensteilen und Hotels geprüft. (awp/sda)

Publiziert am Mittwoch, 08. Juli 2020